

Orange wie bei der Müllabfuhr

BERLIN/MANNHEIM. Wenn es um Gefangenentransporte des US-Geheimdienstes CIA geht, geben sich die Amerikaner noch immer gerne zugeknöpft. Dass aber ein deutscher Bundesanwalt – quasi in voraussehlender Resignation – die Ermittlungen gleich ganz einstellt, konnten auch die Mitglieder des Bundestags-Untersuchungsausschusses (BND-Ausschuss) kaum fassen. Viele Abgeordnete zeigten sich über die Parteilgrenzen hinwegerschüttelt über das Auftreten des Bundesanwalts Wolf-Dieter Dietrich. „Für mich verbirgt sich dahinter nichts anderes als eine nihilistische Haltung“, meinte Johannes Jung (SPD) gestern im Gespräch mit unserer Zeitung. Der Karlsruher Abgeordnete ist sich sicher, in diesem Punkt auch für die anderen Ausschuss-Mitglieder sprechen zu können.

Worum geht es? Seit April 2006 versuchen die Parlamentarier unter anderem zu klären, „ob in von amerikanischen Stellen (insbesondere der CIA) veranlassten Flügen Terrorverdächtige im Rahmen möglicher Verschleppungen über deutsches Staatsgebiet transportiert wurden“. Mannheim spielt in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle, weil die „Coleman Barracks“, eine Kaserne mit Militärpolizei-Gefängnis im Norden der Stadt, als Umschlagplatz für Gefangenentransporte dienen sollen.

Zwei Zeugen glauben, genau dies belegen zu können. Der britische Friedensaktivist Peter Wright be-

aussehende Inhaftierte in orangefarbenen Overalls wochenlang an Bettgestellen ohne Matratzen gefesselt gewesen und mit Elektroschocks an den Genitalien traktiert worden. Das Problem: Wright hat die Folter-Geschichte von einem US-Soldaten namens John Pierce. Der aber ist spurlos verschwunden, die US-Armee bestreitet sogar dessen Existenz.

Keine weiteren Recherchen

Vor dem Untersuchungsausschuss gab sich Bundesanwalt Dietrich nun überzeugt, dass der Belastungszeuge gar nicht existiert. Wright habe „ins Blaue hinein gesprochen“ und könne als „nicht glaubwürdig“ gelten. Der Brite habe Pierce auf rund 150 Fotos von Angehörigen des Wachpersonals nicht erkannt. Deshalb habe er weitere Recherchen nicht für notwendig erachtet. Auf die von der US-Armee angebotene Besichtigung des Gefängnisgeländes habe man ebenfalls verzichtet, da zu diesem Zeitpunkt Spuren von Folter, so sie praktiziert worden sein sollte, ohnehin verwischt worden seien, erklärte Dietrich zum Erstaunen der Ausschuss-Mitglieder.

Doch da gibt es noch einen zweiten Zeugen, einen inzwischen 72-jährigen Mannheimer aus dem Stadtteil Blumenau. Dieser hatte dem Ausschuss über einen mysteriösen Vorfall berichtet, der sich 2002 oder 2003 auf dem Gefängnisareal der Coleman Barracks abgespielt haben soll. Damals habe er an einem Vormittag dort drei dunkelhäutige Männer in orangefarbenen



Gefangene mit orangefarbenen Overalls wie hier im Gefängnislager Guantánamo wollen zwei Zeugen auch in einer Mannheimer US-Kaserne gesehen haben. BILD: DPA

Overalls beobachtet. Die Betroffenen, von denen einer einen Vollbart getragen habe, seien an den Füßen extrem eng verkettet gewesen und von mit Gewehren bewaffneten Soldaten „auf entwürdigende Weise“ über das Gelände geführt worden: „Das sah aus wie in Guantánamo.“ In diesem Verdachtsfall habe die Generalbundesanwältin Monika Harms, so Dietrich, keinen Anlass für Nachforschungen in ihrer Zuständigkeit erkennen können. Selbst wenn ein Verstoß gegen das Trup-

penstatut vorgelegen haben sollte, sehe er selbst darin keine Straftat.

Es war diese laxen Vorgehensweise, so der Abgeordnete Jung, die die Mitglieder des Untersuchungsausschusses auf die Palme brachte. Sie hielten Dietrich vor, allein schon die orangefarbenen Overalls im Zusammenhang mit Guantánamo hätten Anlass für weitergehende Recherchen sein müssen. Der Bundesanwalt erklärte ungerührt, auch die Frankfurter Müllabfuhr trage solche Overalls.